

Susanne Moser, *Feministische Perspektiven für das 21. Jahrhundert*,

Vortrag am 11. November 1999

im Rahmen eines Symposions des Rennerinstituts zum Thema:

Frauen! Das andere Geschlecht?

Veröffentlicht in:

Maria Mesner, Hildegard Steger-Mauerhofer (Hg.), *Frauen-Dok*, Schwerpunkt-Nummer 1/2000, Renner-Institut Wien, März 2000, S. 82-84

In einem 1972 mit Alice Schwarzer geführten Interview stellt Simone de Beauvoir fest, daß „sich in den letzten zwanzig Jahren die Situation der Frau nicht wirklich verändert hat.“¹ In ihrem 1949 erschienen Hauptwerk *Das andere Geschlecht* hatte sie noch mit der Hoffnung geendet, daß die Probleme der Frauen sich in einer Entwicklung zum Sozialismus von selbst lösen würden. So wie Beauvoir selbst, setzte der Sozialismus bei der Befreiung der Frauen auf deren Berufstätigkeit und ermöglichte- zumindestens in den ehemals realsozialistischen Ländern - dies durch das Recht jedes Menschen, Beruf und Kinder zu vereinbaren. Dennoch verblieb auch dort die Hauptlast der familiären Betreuung auf dem Rücken der Frauen.

Als Konsequenz daraus forderte Beauvoir in ihrem 1972 gehaltenen Interview, daß „nicht nur die Besitzverhältnisse, sondern auch die Struktur der Familie“² geändert werden müsse, denn die moderne Kernfamilie stelle „in Wahrheit das Erbe der feudalen Familie“³ dar, die abzuschaffen sei. Ihrer Meinung nach bedarf es weiterer detaillierter Forschungen, denn die kapitalistische Unterdrückung der Arbeiterklasse sei nicht eins zu eins übertragbar auf die patriarchalische Unterdrückung bei der unbezahlten weiblichen Hausarbeit. - Und in der Tat, der mit so viel romantischer Verklärung behaftete Begriff „Familie“ bedeutete ursprünglich „Dienerschaft“ und umfaßte die meist völlig mittellosen und unbezahlten Dienstboten, die sich gemeinsam mit der Frau im Besitz des „Hausvaters“ befanden. Davon blieb in der modernen Kernfamilie nur mehr die unbezahlte und meist mittellose Hausfrau mit ihren Kindern zurück.

¹ Alice Schwarzer, Simone de Beauvoir, Rebellen und Wegbereiterin, Kiepenheuer & Witsch, Köln: 1999, S.44

² ebenda, S.53

³ ebenda, S.54

25 Jahre nach diesem Interview scheinen nicht einmal mehr die von Beauvoir als unzureichend eingestuften sozialistischen Befreiungsmöglichkeiten für die Frauen als gesichert. Nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus in Osteuropa und dem zunehmenden Primat des Marktes in Westeuropa unter gleichzeitigem Rückzug des Staates, werden bisher als bereits selbstverständlich angesehene Forderungen als unfinanzierbar eingestuft und zurückgewiesen. Vielmehr bedarf es eines Frauenvolksbegehrens, um so selbstverständlich lautende Forderungen einzuklagen wie:

- das Recht des Menschen, Beruf und Kinder zu vereinbaren und daher ganztägige, qualifizierte Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersstufen einzurichten, sowie Tagesmütter auszubilden und arbeits- und sozialrechtlich abzusichern;
- das Recht auf zwei Jahre Karenzgeld für alle Alleinerzieherinnen;
- das Recht auf Teilzeitarbeit für Eltern bis zum Schuleintritt ihres Kindes mit Rückkehrrecht zu Vollzeitarbeit;
- und vieles mehr.

Wenn ich nun meine Forderungen für das 21. Jahrhundert formulieren soll, so schließe ich mich zu allererst den Forderungen dieses Frauenvolksbegehrens an um jedoch in Anlehnung an Beauvoir noch grundlegendere Konsequenzen zu ziehen, nämlich daß die Art von Familie, wie sie sich in der Tradition herausgebildet hat und die damit verbundene Arbeitsteilung zwischen Frauen und Männern aufgekündigt werden muß. Dabei geht es nicht darum, Mutterschaft und Fürsorglichkeit zugunsten von Autonomie und Selbstbestimmung zu opfern, sondern die Rahmenbedingungen dafür in der Gesellschaft zu verändern und sie von einer geschlechtsspezifischen Aufteilung zu trennen. Tatsächlich gehen neueste feministische Forschungen davon aus, sich zunehmend von der geschlechtlichen Fixierung zu trennen und die heterosexuelle Matrix, die mit ein Grund für die anhaltende hartnäckige Unterdrückung der Frauen ist, aufzulösen, zugunsten einer Multiplizität von Lebensformen. Dies bringt den Vorteil mit sich, das bisherige Konzept von Familie, das wie wir gesehen haben, auf feudale Wurzeln zurückgeht, durch ein partnerschaftliches Konzept zu ersetzen, das auch gleichgeschlechtliche Partnerschaften mit einschließt. Kinder und Fürsorgeleistungen dürfen nicht mehr alleinige private Angelegenheit der Frauen sein, die damit von der Gesellschaft und in zunehmendem Maße auch von Männern in Stich gelassen werden - vielmehr

müssen der Staat aber auch die Wirtschaft selbst Raum für neue Konzepte und Experimente geben.

Eng damit verbunden ist für mich meine zweite Forderung, nach einem Neuüberdenken des Begriffes der Arbeit - ein Begriff der aus historischen Gründen immer nur mit produktiver Arbeit, nicht jedoch mit reproduktiver Arbeit, wie Kinder und Hausarbeit, verbunden wird. An der Schwelle zum zweiten Jahrtausend sind die Industrieländer so reich wie noch nie. Dennoch erhebt sich derzeit mehr denn je die Frage, ob wir es uns überhaupt noch leisten können, Kinder zu bekommen, Pensionen zu beziehen oder überhaupt einen bestimmtes Mindesteinkommen für alle - auch die sozial schwächsten - zu sichern. Nimmt man den Begriff Ökonomie als das, wofür er ursprünglich stand, nämlich als System der Bedürfnisbefriedigung - Ökonomie kommt von griechisch „Oikos“, das Haus - ein Bereich übrighends der Jahrtausende lang in den Händen von Frauen lag - so hat sich diese Frage nicht nur an den Staat, sondern an die Wirtschaft selbst zu richten. Kann man noch von funktionierender Wirtschaft sprechen, wenn die Grundbedürfnisse einer Gesellschaft nicht mehr gesichert sind? Tatsache ist, daß die modernen Gesellschaften und ihre Ökonomien nicht nur auf einem expliziten Gesellschaftsvertrag, dem Demokratievertrag aufbauen, sondern auch auf einem impliziten und unsichtbaren, der die unbezahlte Reproduktionsarbeit der Frauen beinhaltet. So ist es nur zu verständlich, daß man sich diese bisher kostenlose Ressource nicht abhanden kommen lassen will.

Was meiner Ansicht nach also ansteht, ist nicht nur eine neue Hinterfragung von Begriffen wie Arbeit, Familie und Reproduktion, die unserem Gesellschaftssystem zugrunde liegen, sondern auch die Notwendigkeit eines neuen Gesellschaftsvertrages, der die grundsätzlichen sozialen Bedürfnisse der Menschen, und dabei insbesondere der Frauen, absichert und garantiert, ohne deshalb der Eigeninitiative und Selbstbestimmung jedes Einzelnen unnötige Schranken aufzuerlegen.